

Per E-Mail an  
Büro des Magistrats  
[10-2.bdm@stadt-frankfurt.de](mailto:10-2.bdm@stadt-frankfurt.de)

33. Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 14.11.2024

Frage Nr.: 2708  
=====

Stadträtin Voitl

Stadtv. Schäfer - CDU -

#### Cannabis-Verkauf I

Der Magistrat hat angekündigt, dass in Frankfurt künftig in eigens dafür errichteten Läden legal Cannabis- und andere THC-haltige Produkte verkauft werden sollen. Die Zahl der Kaufberechtigten soll keinen Grenzen unterliegen. Die gesundheitsschädlichen Kurz- und Langzeitfolgen des Konsums von THC-Produkten und anderen Drogen sind hinlänglich bekannt.

Ich frage den Magistrat:

Wie will der Magistrat zukünftig glaubwürdige Präventionsarbeit in Bezug auf gesundheitsschädlichen Drogenkonsum leisten, wenn er selbst den staatlichen bzw. städtischen Verkauf von Cannabis legalisiert, subventioniert und fördert?

#### Antwort:

Der Konsum von Cannabis geht mit gesundheitlichen Risiken einher. Dazu zählt eine erhöhte Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von kognitiven Einschränkungen, Atemwegserkrankungen und psychiatrischen Störungen, insbesondere bei früh beginnendem, langjährigem und intensivem Konsum.

Der Bezug von Cannabis aus illegalen Quellen erhöht die gesundheitlichen Risiken aber noch viel mehr. Illegal erworbene Produkte enthalten häufig gesundheitsgefährdende Streckmittel und synthetische Cannabinoide. Der Wirkstoff-Gehalt ist in der Regel unbekannt, so dass Konsumierende regelmäßig die Wirkung nicht einschätzen können.

Das soll sich für viele Frankfurter Bürgerinnen und Bürger nun ändern. Im Rahmen einer Studie sollen sie für fünf Jahre Zugang zu Cannabisprodukten von geprüfter Qualität ohne gesundheitsgefährdende Beimischungen erhalten. Der Wirkstoff-Anteil ist transparent angegeben und durch eine Visualisierung auf der Verpackung leicht zu erfassen.

Die Studie soll die Auswirkungen eines solchen kontrollierten Verkaufs in Fachgeschäften untersuchen. Wir erhoffen uns in erster Linie mehr Schadensminderung für alle Cannabiskonsumierende und eine bessere Integration in das Hilfesystem für Menschen mit riskantem Konsum.

Doch Hoffnung allein reicht nicht. Wir müssen es sicher wissen. Deshalb benötigt es wissenschaftliche Forschung in Form dieser Studie. Durchgeführt werden soll sie gemeinsam von Prof. Dr. Kirsten Müller-Vahl von der Medizinischen Hochschule Hannover, Prof. Dr. Heino Stöver von der Frankfurt University of Applied Sciences und dem Unternehmen Sanity Group GmbH.

Der Gesundheits- und Jugendschutz wird in der Studie großgeschrieben. Besonders vulnerable Personen sind von der Studie ausgeschlossen, zum Beispiel schwangere Frauen. Minderjährige haben in den Verkaufsstellen selbstverständlich striktes Eintrittsverbot. Alle Verpackungen der Produkte sind kindersicher gestaltet.

Mit einem konsumanimierenden Effekt ist ebenfalls nicht zu rechnen. Wer Cannabis kaufen möchte, muss sich zunächst registrieren lassen und an regelmäßigen Befragungen teilnehmen. Allein die Eingangsbefragung dauert rund dreißig Minuten. Nicht viele Menschen werden sich diesem Prozedere aussetzen, nur um Cannabis „mal zu probieren“.

Aus diesen Gründen befürwortet der Magistrat die Durchführung der Studie. Der Wille zur Kooperation wurde in einer Absichtserklärung zum Ausdruck gebracht.

Der Magistrat wird sein Engagement für die Suchtprävention verstärkt fortführen. Durch die Einrichtung weiterer legaler Bezugswege kann über Cannabis offener und ehrlicher kommuniziert werden. Dies wird sich gerade für die Prävention bei jungen Menschen als hilfreich erweisen. Mit demselben Nachdruck setzt sich der Magistrat für die Prävention bei Alkohol und Tabak ein, ohne ein generelles Verkaufsverbot für diese Produkte zu fordern.

Die Suchtprävention in Frankfurt wird sogar gestärkt. Bei dem Geschäft auf dem illegalen Markt verdient bislang alleine die organisierte Kriminalität. Für den Verkauf von Cannabis in der Studie aber werden nicht nur reguläre Steuern und Sozialabgaben abgeführt. Zusätzlich fließt ein Euro pro verkauftem Gramm Cannabis-Blüten und fünf Prozent des Verkaufspreises von allen anderen verkauften Cannabisprodukten an Projekte der Suchtprävention in Frankfurt am Main. Davon werden die Präventionsangebote in der Stadt profitieren.